

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Kai Gehring, Maria Klein-Schmeink, Renate Künast, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Widersprüchliche Informationspolitik des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschungen im Fall Dr. Norman Finkelstein**

Die Fragesteller sehen in der Freiheit von Wissenschaft und Forschung, die grundgesetzlich verankert ist, ein hohes, zu schützendes Gut. Die Lehrfreiheit garantiert, die Lehre inhaltlich und methodisch frei zu gestalten und die wissenschaftliche und künstlerische Lehrmeinung frei zu äußern. Gleichwohl sollten Prinzipien und Standards von Wissenschaftlichkeit, Werturteilsfreiheit und Gewissensfreiheit beachtet werden und in der Ausgestaltung wissenschaftlicher Praxis, insbesondere in Forschungseinrichtungen, die aus dem Bundeshaushalt gefördert werden, Anwendung finden.

Auf Einladung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschungen in Halle hielt Dr. Norman Finkelstein am 16. Januar 2017 einen Vortrag und am 23. Januar 2017 einen Workshop. Aufgrund seiner bisherigen Veröffentlichungen wurde dies von zivilgesellschaftlichen Akteuren im In- und Ausland, von JÜDISCHE GEMEINDE und von Seiten der Politiker kritisiert. Dabei spielte die Infragestellung der wissenschaftlichen Haltbarkeit seiner Publikationen eine zentrale Rolle (Wuliger in der JÜDISCHEN ALLGEMEINE vom 19. Januar 2017: „Postfaktisches in Halle“ [www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27521](http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/27521), JÜDISCHE ALLGEMEINE 19. Januar 2017, Proteste gegen umstrittenen Politologen Finkelstein in Halle [www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Proteste-gegen-umstrittenen-Politologen-Finkelstein-in-Halle](http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Proteste-gegen-umstrittenen-Politologen-Finkelstein-in-Halle), DNN 25. Januar 2017).

In der Vergangenheit hat sich Dr. Norman Finkelstein antizionistisch geäußert und relativierte Terroraktionen gegen israelische Zivilisten: Am 20. Januar 2008 in einem TV-Interview mit dem libanesischen Fernsehsender „Future TV“ erklärte Finkelstein seine Solidarität mit der Terrororganisation Hizbollah ([www.youtube.com/watch?v=bDe65-nF3FQ](http://www.youtube.com/watch?v=bDe65-nF3FQ)); im Mai 2016 äußerte er sich relativierend zu Terroranschlägen der Hamas auf israelische Zivilisten während einer Debatte beim Left Forum in New York City: „Unter internationalem Recht, die Hamas, die Palästinenser – nichts im internationalen Recht hindert sie daran, Waffengewalt anzuwenden um die Besatzung zu beenden. [...] Für mich ist das keine wichtige Frage. Gesetzlich haben sie das Recht dazu. Moralisch – meiner Meinung nach – haben sie das Recht.“ („Now, under international law, Hamas, the Palestinians – nothing in international law debars them from using armed force to end the occupation. [...] For me that’s not an important question. Legally, they have the right. Morally, in my opinion, they have the right.“ Quelle: [www.youtube.com/watch?v=EcVytIz1gCE](http://www.youtube.com/watch?v=EcVytIz1gCE)). Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie: Wie das Leid der Juden ausgebeutet wird“ und seine darin geäußerten

falschen Vorwürfe gegen die Jewish Claims Conference werden für fehlende wissenschaftliche Präzision und Sachlichkeit sowie diffamierende Äußerungen kritisiert ([www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-holocaust-industrie-debatten-um-das-boese-buch-a-116076.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-holocaust-industrie-debatten-um-das-boese-buch-a-116076.html)). Das Buch fand insbesondere auch bei deutschen Rechtsextremisten ein positives Echo.

Bei der Kommunikation über die Veranstaltung mit Dr. Norman Finkelstein gibt es eine Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchen, die bei den Fragestellern Zweifel an wissenschaftlicher Haltbarkeit, Wahrhaftigkeit und Transparenz aufkommen lassen.

Der Öffentlichkeit wurde am 18. Januar 2017 mitgeteilt, Dr. Norman Finkelstein halte am 23. Januar 2017 einen Workshop zum Thema „Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt“ (Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts vom 18. Januar 2017 [www.eth.mpg.de/4315830/news\\_2017\\_01\\_18\\_01](http://www.eth.mpg.de/4315830/news_2017_01_18_01)).

Zu dieser Veranstaltung am Max-Planck-Institut in Halle wurde mit einem Plakat und online auf der Seite von Dr. Norman Finkelstein (Max Planck Institute for social Anthropology: 23. January 2017 Norman Finkelstein: GAZA: an inquest into its martyrdom. „preregistration requested by 20 January to [marencakova@eth.mpg.de](mailto:marencakova@eth.mpg.de)“ [http://normanfinkelstein.com/wp-content/uploads/2016/12/Workshop\\_Finkelstein\\_KM161221-2.pdf](http://normanfinkelstein.com/wp-content/uploads/2016/12/Workshop_Finkelstein_KM161221-2.pdf), gespiegelt nur noch erreichbar unter: [http://nokrauts.org/wp-content/uploads/2017/01/Workshop\\_Finkelstein\\_KM161221-2.pdf](http://nokrauts.org/wp-content/uploads/2017/01/Workshop_Finkelstein_KM161221-2.pdf)) geworben, dass den Selbstverteidigungscharakter der israelischen Militärfaktionen im Rahmen der Operation „Gegossenes Blei“ 2014, den Abschuss von Raketen durch die Hamas auf israelische Zivilisten und die Existenz von illegalen Tunneln aus dem Gazastreifen nach Israel bezweifelt. Das Plakat ist mit dem offiziellen Logo des Max-Planck-Instituts Halle versehen worden, womit die darauf gemachten Angaben als Aussagen des Max-Planck-Instituts gewertet werden können. Aus dem Plakat geht hervor, dass es sich bei dem Veranstaltungsformat um einen Vortrag von Dr. Norman Finkelstein über den israelischen Militäreinsatz „Protective Edge“ im Sommer 2014 handelt. Zudem wird auch das bald erscheinende Buch von Dr. Norman Finkelstein mit dem Titel „Gaza: an inquest into its martyrdom“ erwähnt. Es wird um eine Voranmeldung gebeten. Ein Hinweis darauf, dass es sich um eine interne, nichtöffentliche Veranstaltung handelt, findet sich auf dem Plakat nicht. Laut Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle, die bis zum 22. Januar 2017 aktuell war, sollte das Thema des Seminars „Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt“ sein. Seit dem 23. Januar 2017 ist jedoch aufgrund eines Addendum klar, dass das Thema des Seminars „Gaza: an inquest into its martyrdom“ war.

Der Präsident der Max Planck Gesellschaft (MPG), Prof. Dr. Martin Stratmann, schreibt dazu: „Unter dem Logo des Institutes und damit auch der MPG werden Dinge behauptet, die vielleicht faktisch falsch sind. Der Flyer enthält eben doch politische Aussagen (keine Selbstverteidigung Israels, keine Raketen durch Hamas ...), die sich kaum durchhalten lassen und als Aussagen der MPG gewertet werden können. Offen gesagt weiß ich nicht, wie wir mit diesem Flyer in einen öffentlichen Disput gehen können. Musste das sein? Ist das vom Institut autorisiert oder von Herrn Finkelstein lanciert?“ (Mail vom 22. Januar 2017, Stratmann an den Abgeordneten Volker Beck und Verantwortliche der MPG).

In einem undatierten Addendum (vom 23. Januar 2017) einer Pressemitteilung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung Halle vom 18. Januar 2017 wird behauptet, dass es sich von Anfang an um eine interne Veranstaltung gehandelt hätte. Dem steht der Umstand entgegen, dass sich zum einen Externe haben anmelden können, da spezifische Anmeldekriterien nicht genannt waren. Zum anderen wurden externe Interessenten per E-Mail erst am 22. Januar 2017 um 21.50 Uhr (16 Stunden vor Veranstaltungsbeginn) eingeladen, nachdem also die Kritik an der Veranstaltung bereits öffentlich war.

Der Workshop sei nur „Teil einer Reihe“ von Seminaren, „in der die unterschiedlichsten Positionen zu diesem sicher sehr schwierigen Thema beleuchtet werden sollen“, behauptet Prof. Dr. Marie-Claire Foblets in einer Mail an Volker Beck, der die Veranstaltung kritisiert hatte.“ (Alan Posener: „Umstrittener Politologe: Max-Planck-Institut bietet Israel-Hasser ein Podium“, [www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html), DIE WELT vom 23. Januar 2017). Über weitere Veranstaltung in dieser „Reihe“ ist bislang trotz Nachfragen nichts bekannt.

In einem Schreiben des MPG-Präsidenten an die Bundesministerin für Bildung und Forschung heißt es u. a. Gutachter würden über das Buchmanuskript sagen: „Das Manuskript von Dr. Finkelstein ist genial“. In einem Artikel der Zeitung „DIE WELT“ vom 23. Januar 17 wird die Unabhängigkeit der internationalen Gutachter zu Dr. Norman Finkelsteins Oeuvre angezweifelt. Unter Berufung auf die MPG-Pressesprecherin Dr. Christina Beck berichtet „DIE WELT“: „Mit dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit ist das anders, so Kiewitz. „Die Peer Review zu seinen aktuellen Papers sind hier wirklich deutlich“. Sprich: Kollegen von Finkelstein haben sein Gaza-Buch gelobt. Sie heißen John J. Mearsheimer, der bislang nicht als Experte für Gaza in Erscheinung getreten ist, wohl aber als Koautor eines Buches über den üblen Einfluss der „Israel-Lobby“ auf die Politik der USA; Avi Shlaim, der zu einem Boykott Israels aufgerufen hat; William Quandt, der in Mearsheimers Buch zustimmend zitiert wird als Kritiker des „Pro-Israel-Chors“; Talal Asad, der als Kritiker des Säkularismus hervorgetreten ist; und John Dugard, der Israels Politik in der Westbank als „ähnlich der Apartheid“ bezeichnet hat.“ ([www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article161430779/Max-Planck-Institut-bietet-Israel-Hasser-ein-Podium.html), DIE WELT vom 23. Januar 2017).

Die Bundesregierung betrachtet den Vorgang mit Sorge:

„Die Ministerin und damit auch die Bundesregierung teilt Ihre kritische Sicht auf die Veranstaltung des Max-Planck-Instituts in Halle. Sie wissen, dass der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft – der Brief liegt Ihnen ja ebenfalls vor – hier bereits dazu Stellung genommen hat, und ich darf dazu zitieren: Das BMBF sieht mit Sorge, wenn im Kontext kontroverser Wissenschaftsdiskussionen möglicherweise antisemitischen Thesen eine Plattform geboten werden könnte. Dann wird auf das eingegangen, auf das Sie jetzt auch Bezug nehmen, dass wir die Max-Planck-Gesellschaft auffordern, diesen Vorgang auch noch einmal aufzuarbeiten. Eine Antwort der Max-Planck-Gesellschaft liegt bislang nicht vor.“ (Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung Stefan Müller laut Plenarprotokoll 18/214, 21427)

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Max-Planck-Gesellschaft ihren Bericht über den Vorgang inzwischen zugesagt?
  - a) Wann wird die Max-Planck-Gesellschaft den Bericht vorlegen?
  - b) Wird die Bundesregierung den Bericht dem Deutschen Bundestag zur Verfügung stellen?
  - c) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass damit alle Fragen an die wissenschaftliche Begründetheit der Veranstaltung transparent, umfassend und wahrhaftig beantwortet wurden?
  - d) Wie beurteilt die Bundesregierung die widersprüchliche Kommunikation des Max-Planck-Instituts zu den komplexen wissenschaftliche Rechtfertigung, Problematik intern/extern, Titel der Veranstaltung, angebliche Veranstaltungsreihe zu Nahost?

2. Was hat die Max-Planck-Gesellschaft zu den nachfolgenden Fragen in dem Bericht an die Bundesregierung oder auf Nachfrage gegenüber der Bundesregierung geäußert?
3. Wie erklärt die Max-Planck-Gesellschaft gegenüber der Bundesregierung, weshalb den extern Teilnehmenden erst am Sonntagabend, 22. Januar 2017, vor dem Workshop von Dr. Norman Finkelstein abgesagt wurde?
  - a) Wie viele Teilnehmer haben nach Kenntnis der Bundesregierung sich bis zum 23. Januar 2017 jeweils intern und extern angemeldet?
  - b) Von wann bis wann erfolgten nach Kenntnis der Bundesregierung die internen und externen Anmeldungen?
  - c) Wie viele extern Angemeldeten wurde nach Kenntnis der Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt abgesagt (im Fall von mehreren Absageterminen bitte Anzahl der Absagen zum jeweiligen Termin aufführen)?
  - d) Wer verantwortet nach Kenntnis der Bundesregierung die Einladung und Ausladung von Externen für den Workshop beim MPI Halle und bei der MPG?
4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass durch das Zuverfügungstellen des Template/Plakats sich das Max-Planck-Institut Halle auch für den Inhalt mitverantwortlich macht?
  - a) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des MPG-Präsidenten, dass „[u]nter dem Logo des Institutes und damit auch der MPG Dinge behauptet [werden], die vielleicht faktisch falsch sind“?
  - b) Teilt die Bundesregierung die Ansicht des MPG-Präsidenten, dass „[d]er Flyer eben doch politische Aussagen (keine Selbstverteidigung Israels, keine Raketen durch Hamas ...) [enthält], die sich kaum durchhalten lassen und als Aussagen der MPG gewertet werden können“?
  - c) Wie beantwortet das MPI nach Kenntnis der Bundesregierung die Frage des MPG-Präsidenten: „Ist das vom Institut autorisiert oder von Herrn Finkelstein lanciert?“
  - d) Wer war nach Kenntnis der Bundesregierung ab wann bei der MPG und dem MPI über das Template/Plakat informiert?
  - e) Wer verantwortet nach Kenntnis der Bundesregierung das MPI-Template/Plakat „GAZA: an inquest into its martyrdom“ beim MPI Halle und bei der MPG?
  - f) Falls das MPI Halle oder die MPG von dem Template/Plakat nichts wusste, welche Konsequenzen hatte die Eigenmächtigkeit für die Verantwortlichen?
  - g) Wie beurteilt die Bundesregierung die politischen Aussagen im Template/Plakat „GAZA: an inquest into its martyrdom“, insbesondere hinsichtlich der Aussagen „keine Selbstverteidigung Israels“, „keine Raketen durch Hamas“ etc. auf ihre wissenschaftliche Vertretbarkeit, und teilt sie diese Aussagen?
  - h) Ist „martyrdom“ nach Kenntnis der Bundesregierung ein politikwissenschaftlicher Fachbegriff oder ein Begriff aus der religiösen oder politischen Propaganda?
  - i) Welche anderen Politikwissenschaftler benutzten nach Kenntnis der Bundesregierung diesen Begriff „martyrdom“ in der internationalen Konfliktforschung in welchem Zusammenhang?

5. Inwiefern handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Einladung von Dr. Norman Finkelstein zu Vortrag und Workshop angesichts seiner aus Sicht der Fragesteller pseudo- oder populärwissenschaftlichen Werke um einen wissenschaftlich begründeten oder begründbaren Vorgang, insbesondere hinsichtlich der wissenschaftlichen Objektivität und wissenschaftlichen Pluralität?
- a) Auf welche Gutachter bezieht sich nach Kenntnis der Bundesregierung Prof. Dr. Marie-Claire Foblets in ihrem Schreiben an den Abgeordneten Volker Beck vom 24. Januar 2017, die Dr Norman Finkelsteins wissenschaftliches Oeuvre insgesamt loben (bitte Namen mit jeweiliger Quelle nennen)?
- b) Auf welche Quellen beziehungsweise Gutachter bezieht sich Prof. Dr. Martin Stratmann nach Kenntnis der Bundesregierung in seinem Schreiben vom 23. Januar 2017 an die Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka auf Seite 2 des Briefes?
- c) Sind die im Artikel der Zeitung „DIE WELT“ genannten Namen nach Kenntnis der Bundesregierung falsch?
- d) Sind folgende Personen nach Kenntnis der Bundesregierung Teil des zitierten Peer Review:
- John J. Mearsheimer,
  - Avi Shlaim,
  - William Quandt,
  - Talal Asad,
  - John Dugard?
- e) Sind folgende Personen nach Kenntnis der Bundesregierung definitiv nicht Teil des zitierten Peer Review:
- John J. Mearsheimer,
  - Avi Shlaim,
  - William Quandt,
  - Talal Asad,
  - John Dugard?
6. Zu welcher „Reihe“ von Seminaren am MPI für ethnologische Forschung, „in der die unterschiedlichsten Positionen zu diesem sicher sehr schwierigen Thema beleuchtet werden sollen“ (Zitat nach Prof. Dr. Marie-Claire Foblets in ihrer E-Mail an Volker Beck), gehören nach Kenntnis der Bundesregierung die Veranstaltungen mit Dr. Norman Finkelstein?
- a) Welche weiteren Referenten und Themen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der von Prof. Dr. Marie-Claire Foblets angekündigten internen Veranstaltungsreihe bis Januar 2017 bereits aufgetreten?
- b) Welche weiteren Referenten und Themen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der von Prof. Dr. Marie-Claire Foblets angekündigten internen Veranstaltungsreihe noch geplant?
7. Wer war nach Kenntnis der Bundesregierung an der Abstimmung der Pressemitteilung vom 18. Januar 2017 beteiligt, und wer ist dafür verantwortlich, dass die Öffentlichkeit mit dem Titel „Rechtfertigung des Einsatzes von staatlicher Gewalt“ zunächst in die Irre geführt und erst durch das Addendum vom 23. Januar 2017 über den tatsächlichen Veranstaltungstitel und -inhalt informiert wurde?

8. Was will nach Kenntnis der Bundesregierung das Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle mit der Aussage „auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit jüdischem Hintergrund sind heute – 70 Jahre nach dem Holocaust – wieder forschend in der Max-Planck-Gesellschaft tätig“, (wie sie in der Stellungnahme vom 18. Januar 2017 zu lesen ist) bezwecken?

Berlin, den 28. Februar 2017

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**



